

Vermögensbesteuerung als terrestrische Wirtschaftspolitik: Probleme, Widerstände und Ausgestaltungsoptionen

JEL Codes: D31, P18, P35, Q2, Q3, Q5

Keywords: Wealth taxation, land taxation, terrestrial economic policy, Ecological Economics

⇒ 1 Einleitung

Wie könnte eine Finanzierung öffentlicher Aufgaben aussehen, die direkt an drei zentralen Problemen der aktuellen polit-ökonomischen Lage ansetzt: Der Überbeanspruchung planetarer Ressourcen, der zunehmenden Ungleichverteilung von Vermögen, und dem zunehmenden Erfolg von Bewegungen wie dem Trumpismus? Ausgangspunkt dieses Beitrags ist die These Bruno Latours, dass sich die beschriebenen Probleme gesamthaft als »neues Klimaregime« beschreiben lassen (Latour 2018). Polit-ökonomische Phänomene wie der Trumpismus und seine inzwischen zahlreichen Varianten basieren demnach nicht zuletzt auf der Erkenntnis, dass die mit einer fortschreitenden Globalisierung einhergehenden Modelle wirtschaftlicher Entwicklung an planetare Grenzen stoßen. Mangels einer globalistischen Entwicklungsperspektive wenden sich viele Menschen der Hoffnung zu, dass ein Rückzug auf lokale Identitäten und Schutzräume nötig sei. Politiker*innen wie Donald Trump greifen diese Hoffnung auf, verbinden sie jedoch mit dem Versprechen, die materiellen Vorteile einer globalisier-

ten Wirtschaft bewahren zu können. Die Originalität Trumps liege darin, dass er »das rücksichtslose Streben nach maximalem Profit ... mit dem regressiven Drang einer ganzen Nation nach ethnischen Spaltungen« verknüpfe. Dies wiederum ist nur mittels einer expliziten Leugnung der geologischen und klimatischen Situation möglich:

Ulrich Klüh, Prof. Dr., *1974 in Frankfurt am Main, Studium der Volkswirtschaftslehre in Frankfurt am Main, Berkeley/CA und München, Professor für Internationale Politische Ökonomie und Ökologie an der Hochschule Darmstadt. Neuere Veröffentlichungen: *Gemeinschaftlich Wirtschaften? Wie nachhaltig, resilient und effizient sind Commons?* Marburg, Metropolis, 2024.

ORCID: 0009-0000-1679-4632

DOI: [10.18156/eug-2-2025-art-7](https://doi.org/10.18156/eug-2-2025-art-7)

Anstatt die beiden Bewegungen – vorwärts in Richtung Globalisierung und rückwärts in Richtung des alten nationalen Terrains – gegeneinander auszuspielen, gibt Trump vor, sie könnten miteinander verschmolzen werden. Diese Verschmelzung ist natürlich nur möglich, wenn die Existenz eines Konflikts zwischen Modernisierung einerseits und materiellen Realitäten andererseits geleugnet wird. ... Es ist sinnlos, sich darüber zu ärgern, dass Trumps Wähler den Fakten keinen Glauben schenken: Sie sind nicht dumm. Das Gegenteil ist der Fall: Gerade, weil die geopolitische Gesamtsituation geleugnet werden muss, ist die Gleichgültigkeit gegenüber Fakten so wichtig. ... In diesem Sinne definiert der Trumpismus (wenn auch negativ, indem er die gegenteilige Position einnimmt) die erste ökologische Regierung. (Latour 2017, eigene Übersetzung).

Die Trennung der Ökonomie und der mit ihrem Wachstum verbundenen Narrative des Fortschritts von ihren materiellen Bedingungen ist somit ein konstitutives Element des Trumpismus. Mit seiner politisch äußerst erfolgreichen, gleichzeitigen Abkehr von weltgesellschaftlichen *und* naturwissenschaftlichen Vorstellungen droht er das zu beenden, was vielfach als zweite oder auch reflexive Moderne beschrieben wurde (siehe im Detail Sturn und Klüh 2025). Dies gelingt ihm, indem er seinen Anhänger*innen eine paradoxe, »extra-terrestrische« Entwicklungsmöglichkeit suggeriert. Die materielle Begrenztheit der Welt ist für diese Perspektive genauso konstitutiv wie die Betonung von deren Irrelevanz. Die Negation der planetaren Grenzen ist ebenso notwendig wie die Affirmation der geopolitischen Konflikte, die diese Grenzen verursachen. Nach Latour sei eine »terrestrische« Gegenposition notwendig, die die Grenzen einer auf Produktion fokussierten Gesellschaftsformation anerkennt und Prozesse der »Erzeugung« (»engendrement«) in den Mittelpunkt stellt. Gerade in einer Situation, in der sich viele Politiker*innen auch in Europa und Deutschland die Trumpsche Negation der Klimakrise zu eigen machen, könnte eine solche Gegenposition dann sogar die Basis dessen sein, was der Ökologiebewegung von Beginn an fehle: Ein politisches Programm, das einen echten Antagonismus begründet, und so zur Entstehung eines ökologischen »Klassenbewusstsein« beitragen könnte (Latour und Schultz 2022).

Latours Ausführungen sind vielfach kritisiert worden (siehe etwa Aabrotmeit 2019). Teilweise basiert diese Kritik auf der falschen Einschätzung (oder dem Wunsch), das »neue Klimaregime« müsse

zahlreiche Kontinuitäten mit Latours früheren soziologischen und wissenschaftstheoretischen Arbeiten aufweisen (siehe Sanz Merino 2023 für eine verwandte aber im Ergebnis abweichende Sichtweise). Tatsächlich dominieren jedoch die Brüche zwischen »dem neuen« und »dem alten« Latour. Die aktuellen Arbeiten rezipieren bspw. verstärkt Elemente des historischen Materialismus und beziehen sich explizit auf Denker wie Karl Polanyi und Carl Schmitt. Die Moderne wird nicht mehr nur einer kritischen Analyse unterzogen, vielmehr wird ihr Zusammenbruch konstatiert. Es geht nicht mehr nur darum, sich kritisch mit dualistischen Ansprüchen (Natur vs. Gesellschaft, Fakten vs. Werte, Wissenschaft vs. Politik...) auseinanderzusetzen, denen man nie wirklich gerecht geworden ist. Es geht auch nur mittelbar um Netzwerke aus Menschen und Nicht-Menschen, die diese Unterscheidungen verwischen und so Realität konstituieren. Der Anbruch des »neuen Klimaregimes« stellt einen politischen Moment dar, in dem die alten Dualismen schlicht nicht mehr haltbar sind. Das »neue Klimaregime« markiert also eine Abkehr von der Diagnose der Moderne hin zur Konfrontation mit ihrem Zusammenbruch.

Wichtiger noch ist die damit verbundene Verlagerung der Aufmerksamkeit weg von Netzwerken und hin zu Territorien. Es geht nun in erster Linie nicht mehr um eine Auseinandersetzung mit der Frage, wie Fakten und Technologien entstehen. Der Fokus liegt auf der existentiellen Frage, wo und wie Leben möglich ist. Damit ist schließlich eine Abwendung von der Erkenntnistheorie und eine Hinwendung zum Politischen verbunden. Gerade diese Hinwendung wird jedoch oft kritisiert (und bedauert), obwohl sie von Latour explizit zum Programm erhoben wird. Doch was soll an einer solchen Hinwendung auszusetzen sein? Immerhin kann sie sich auf zahlreiche Ansätze postfundamentalistischen politischen Denkens stützen (siehe bspw. Marchart 2016).

Durchaus kritisch kann man hingegen die Frage diskutieren, was aus der Analyse Latours nun eigentlich folgt. Dies ist insbesondere eine Folge der Unschärfe und Abstraktheit der Verwendung des Begriffs »terrestrisch«. Der vorliegende Beitrag wendet sich zunächst dieser Kritik zu, er beschäftigt sich folglich ausschließlich mit den neueren Beiträgen Latours zum Klimaregime. Anhand der Frage, welchen Kriterien eine »terrestrische Wirtschaftspolitik« genügen müsste, bemüht er sich um eine pragmatische und programmatiche Konkretisierung der politischen Implikationen von Latours Ansatz. Er führt damit in einem durchaus riskanten Manöver zwei methodisch weit voneinander entfernte Literaturstränge zusammen, die ökonomische und finanzwissenschaftlicher Forschung zu vermögensbezogenen Steuern einerseits und neuere Texte zur politischen Ökologie andererseits. Dabei wird in

Kauf genommen, dass durch eine solche Konkretisierung neue Unschärfen entstehen. Es müssen Abstriche an der für Latour konstitutiven Loslösung vom Menschen als entscheidendem Träger politischer Prozesse gemacht werden. Insbesondere lässt es sich nicht vermeiden, den Umgang mit Grund und Boden, Rohstoffen und anderen Materialien mit denjenigen zur identifizieren, die über diese Ressourcen als Vermögen bzw. Kapital verfügen. Denn ob ein Stück Land oder Materie eher dem von Latour problematisierten Produktionssystem (das durch die Trennung des Menschen als Produzenten von einer äußeren, passiven Natur charakterisiert ist) oder dem erstrebenswerten Erzeugungssystem (das auf der Anerkennung eines komplexen Zusammenspiels vieler Akteure – Menschen, Tiere, Böden, Mikroben, Atmosphären usw. beruht) zuzurechnen ist, wird aktuell ganz wesentlich von den Eigentümer*innen bestimmt. Dazu kommt, und dies ist entscheidend, dass die Verteilung dieser Vermögen häufig mit einer mehr oder weniger »terrestrischen« Lebensweise korreliert ist.

Dem Umgang mit diesen Vermögen kommt deshalb eine wichtige Bedeutung zu. Ein in diesem Zusammenhang schon immer zentrales Instrument sind vermögensbezogene Steuern. Der Beitrag zeigt deshalb auf, welche Rolle solche Steuern im Kontext einer terrestrischen Wirtschaftspolitik spielen könnten. Dabei zeigt sich, dass eine differenzierte Behandlung unterschiedlicher Vermögensarten notwendig ist. Hierzu wird ein Vorschlag unterbreitet, der drei miteinander verwobene Restriktionen berücksichtigt. Erstens setzt die aktuelle Wirtschafts- und Rechtsordnung vieler Länder einer konsequenten Besteuerung hoher Vermögen enge Grenzen, die mit *Bewertungsproblemen* verbunden sind. Gerade in Deutschland steht das Problem einer fairen Bewertung von Vermögen im Mittelpunkt der Skepsis, die viele Fachleute und Politiker*innen auszeichnet. Zweitens besteht die Sorge, dass eine national begrenzte Besteuerung von Vermögen zu einem massiven Abfluss von Kapital ins Ausland und zu anderen Umgehungsproblemen führen könnte. Drittens wird häufig auf die Skepsis und Angst hingewiesen, die in weiten Teilen auch der nicht-vermögenden Bevölkerung vorherrscht, und die oft auf einer Mischung aus moralischen, ökonomischen und kulturellen Argumentationen beruht (siehe bspw. Drahoss und Theine 2025).

Der Beitrag ist folgendermaßen aufgebaut. Abschnitt 2 erläutert den Begriff der terrestrischen Wirtschaftspolitik, indem er diesen als Kombination aus neo-materialistischen und verteilungspolitischen Sichtweisen konzeptualisiert. Diese Konzeptualisierung wird anhand der Frage der Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation illustriert. Abschnitt 3 setzt sich mit konkreten Problemen der Umsetzung

vermögensbezogener Besteuerung auseinander. Abschnitt 4 stellt einen Vorschlag vor, der eine Brücke zwischen konkreten Problemen und »terrestrischen Zukünften« schlägt, die sich auf Basis der Analyse in Abschnitt 2 ableiten lassen. Abschnitt 5 fasst die zentralen Botschaften zusammen und fragt, welche Rolle vermögensbezogene Steuern in konkreten transformativen Akteurskonstellationen spielen könnten. Als wichtige Forschungsfrage erweist sich hierbei die Untersuchung der Rolle der Finanzierung von Klimaanpassungsmaßnahmen.

⇒ 2 Was ist terrestrische Wirtschafts- und Finanzpolitik?

Die bisherige Auseinandersetzung mit Latours Idee einer terrestrischen Ausrichtung des Politischen sind sehr abstrakt. Es geht um eine neue Orientierung und Perspektivierung des Politischen. Die ökologische Krise wirft die Frage auf, wie wir auf der Erde überhaupt gemeinsam leben können. Zu deren Beantwortung sei ein neuer, terrestrischer Bezugspunkt zu suchen. »Terrestrisch« meint nicht einfach »irdisch« oder »natürlich«. Vielmehr soll die Erde nicht mehr als neutrale Ressource oder Hintergrund gedacht werden, sondern, in Anlehnung an Lovelock, als Gaia, als (re-)agierendes Akteurs-Netzwerk, das politische Berücksichtigung verlangt. Lässt sich aus diesen auf den ersten Blick wenig konkreten Vorstellungen ein wirtschaftspolitisches Programm ableiten?

⇒ 2.1 Terrestrische Wirtschaftspolitik

Wie kann eine Wirtschaftspolitik aussehen, die nicht mehr »modernistisch«, sondern »terrestrisch« (provisorisch zunächst einmal übersetzt als erdverbunden, ökologisch eingebettet, wechselseitig abhängig) ist? Bei Latour (2018) beschreibt das »Terrestrische« zunächst eine Haltung, die anerkennt, dass Menschen nicht getrennt von der Erde existieren, sondern mit ihr verflochten sind. Nicht-menschliche Akteure (Tiere, Böden, Atmosphären, Mikroben usw.) sind Mitspieler im politischen und sozialen Geschehen. Menschlichen Akteure müssen sich vor diesem Hintergrund neu verwurzeln, aber nicht im Sinne eines neuen Nationalismus, sondern im Sinne einer Verbundenheit, mit dem notwendigerweise lokalen Ökosystem, auf und in dem sie leben. »Terrestrische Politik« kann deshalb nicht auf Wachstum zielen, denn ein solches Wachstum ist nahezu immer auch mit einer Loslösung aus beschränkten lokalen Kontexten verbunden (Sturn und Klüh 2023). Vielmehr geht es um Koexistenz und das Aushandeln gemeinsamer Lebensbedingungen.

Latour fordert deshalb eine »Politik des Bodens« – also der Verortung: Auch Wirtschaftspolitik sollte sich deshalb wohl an den konkreten Territorien orientieren, in denen Menschen, Tiere, Pflanzen, Böden und Infrastrukturen zusammenleben. Mit dieser durchaus konservativen Grundausrichtung geht einher, dass Entscheidungen situativ, regional, partizipativ getroffen werden. Offensichtliche Projekte einer solchen Wirtschaftspolitik sind regionale Energienetze, lokale Wirtschaftskreisläufe, Stadt-Land-Kooperationen, agrarökologische Initiativen oder eine Investitionslenkung in regenerative Projekte. Auch eine verpflichtende ökologische Bilanzierung von Unternehmen würde wohl notwendig sein, um dem hohen Anspruch gerecht zu werden, jede ökonomische Entscheidung zugleich als ökologische Handlung abzubilden. Unternehmen, Haushalte und Staaten müssten deshalb stets die Rückwirkungen ihres Handelns auf die Erde berücksichtigen, und dies erfordert eine stark in den Naturwissenschaften basierte Rechnungslegung, bspw. in Anlehnung an die Grundidee der sog. EU Taxonomie für nachhaltiges Wirtschaften.

Doch bei der »Politik des Bodens«, die nicht zufällig, sondern explizit Ideen von Carl Schmitt und Karl Polanyi verbindet, geht es auch und vor allem um die Konstitution »neuer Zugehörigkeiten« – zu Landschaften, Ökosystemen und Orten, die uns ernähren und mit denen wir gemeinsam existieren. Doch was bedeutet das konkret? Latour selbst hält sich in dieser Hinsicht zurück, weil es ihm oberflächlich vor allem um die Auflösung des Dualismus zwischen Natur und Gesellschaft/Kultur geht: Zunächst muss eine neo-materialistische Perspektive eingenommen werden, die den Menschen aus dem Zentrum des Geschehens nimmt und durch komplexe Geflechte aus menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren ersetzt. Erst dann kann über konkrete Politik nachgedacht werden.

Doch das Ansetzen an Geflechten und an neo-materialistischen Erwägungen (zur Erläuterung des Begriffs sowie als Basis der weiteren Ausführungen: Klüh 2023) stellt nur eine Seite der terrestrischen Medaille dar. Latours Darstellung läuft zuweilen Gefahr aus den Augen zu verlieren, dass sich das Terrestrische nach seiner eigenen Logik zunächst einmal als Gegenpol zum Trumpismus konstituiert. Spätestens im Beitrag von Latour und Schultz (2022) wird klar, dass terrestrische Politik und damit auch terrestrische Wirtschaftspolitik neben den Geflechten auch (nicht selten eher menschliche) Verteilungskonflikte und im politischen Prozess etablierte Antagonismen in den Blick nimmt. Wenn Latour von der Herausbildung einer ökologischen Klasse spricht, geht es auch um eine neue menschliche Ökologiebewegung, die sich als Widerstandsbewegung gegen den Trumpismus und seine Varianten

positioniert und sich gleichzeitig von den elitären, globalistischen Vorstellungen liberaler Eliten absetzt. Es geht darum, ein Klassenbewusstsein zu schaffen, das neben dem Bewusstsein für Ko-Existenz auch den Konflikt mit denen sucht, die sich entweder in neue Nationalismen und Egoismen flüchten (und die ökonomische und oft auch ökologische Notlage von anderen ignorieren) oder die weiterhin dem Projekt der Globalisierung anhängen.

Deutlich wird diese doppelte Bedeutung terrestrischer Politik vor allem auch in der Unterscheidung zwischen Produktionssystemen (die Ressourcen ausbeuten) und Erzeugungssystemen (die Lebensbedingungen erhalten und hervorbringen). Das Wirtschaften solle nicht mehr auf Produktion von Gütern, sondern auf Erzeugung und Erhaltung von Lebensbeziehungen zielen. Eine entsprechende Wirtschaftspolitik müsste sich folglich der Förderung von ökologischer Landwirtschaft, Biodiversität, Reparatur- und Kreislaufwirtschaft, der Reduktion von Abfall und des Flächenverbrauchs widmen. Die Wirtschaft soll als »Pflege- und Erhaltungsökonomie«, nicht als »Extraktionsökonomie« gedacht werden. Dies erfordert neue Wege der Bemessung des guten Wirtschaftens, die ökologische Resilienz, Lebensqualität, soziale Gerechtigkeit, regionale Selbstversorgung und nachhaltige Stoffkreisläufe in den Mittelpunkt stellen, nicht Wirtschaftswachstum oder monetäre Größen.

Für einen Umstieg von Produktions- auf Erzeugungslogiken müsste *Wirtschaftspolitik* jedoch auch eher anthropozentrische Instrumente in den Blick nehmen. Denn die für einen solchen Umstieg erforderlichen und durchaus möglichen Mehrheiten (Latour und Schultz 2022, S. 51–58) müssen im bestehenden politischen System organisiert werden. Deshalb müsste sich terrestrische Wirtschaftspolitik die Unterstützung der Menschen sichern, die letztlich von einer solchen Transformation profitieren würden, zwischenzeitlich jedoch materielle Verluste befürchten. Dazu müsste sie konsequent diejenigen *Menschen* fördern, die in besonderem Maße Pflege und Erhaltung betreiben. Dazu zählen auch Kapitaleigner*innen, die sich entsprechenden Projekten widmen, und dabei die üblicherweise geringen oder negativen Renditen entsprechender Projekte hinnehmen. Doch ein Gros der Kapitaleigner*innen wird eher auf der Seite der Extraktionsökonomie zu vermuten sein und wird deshalb mit Belastungen rechnen müssen (empirische Evidenz hierzu in Chancel et al. 2023). Eine Umverteilung vom Faktor Kapital zum Faktor Arbeit dürfte mithin ein Element terrestrischer Politik sein, mit entsprechenden Belastungen für jene, die über hohe Kapital-bestände verfügen. Gleichzeitig wären diejenigen Menschen zu schützen, die an der Pflege- und Erhaltungsökonomie

teilhaben, die jedoch negativ von den Folgen ökologischer Probleme betroffen sind. Da die Vulnerabilität gegenüber solchen Veränderungen negativ mit der Vermögensausstattung korreliert ist (siehe unten) wäre auch dies mit einer Umverteilung von hohen zu niedrigen Vermögen verbunden.

Der Kern einer terrestrischen Wirtschaftspolitik besteht folglich darin, das Zusammenwirken zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren neu zu denken und dies mit einer Umverteilung zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu verbinden. Nur so kann eine Lösung vom Produktionssystem und eine Transformation der Wirtschaft in ein Erzeugungssystem gelingen. Aufbauend auf dieser Unterscheidung können durchaus konkrete Ansatzpunkte für wirtschaftspolitische Programme gefunden werden: Erstens kommt Fragen der Landnutzung eine, wenn nicht die entscheidende wirtschaftspolitische Rolle zu, ergänzt um Fragen von Materialflüssen. Zweitens sind neue Bewertungsmaßstäbe zu suchen, die statt »Produktion« »Erzeugung« messen und die sich deshalb von im Wesentlichen marktisierten, oft finanziellen Wertmaßstäben lösen. Drittens sind verfügbare Ressourcen so umzuverteilen, dass die Extraktionsökonomie tendenziell schrumpft, die Pflege- und Erhaltungsökonomie jedoch tendenziell wächst.

⇒ 2.2 Illustration: Sozial-ökologische Finanzpolitik¹

Was könnte es vor diesem Hintergrund bedeuten, die mit einer sozial-ökologischen Ausrichtung der Politik einhergehenden Belastungen zu »finanzieren«? Ein terrestrisches Verständnis dieses Begriffes erfordert zunächst eine kritische Auseinandersetzung mit der Frage, welche Vorstellungen von Finanzierung durch das Produktionssystem historisch geprägt worden sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die letzten Jahrzehnte eine zunehmende Fetischisierung des Finanziellen erfahren haben, im Zuge von sog. Finanzialisierungsprozessen. Entsprechende Vorstellungen gilt es zunächst kritisch zu reflektieren, um zu einem neuen Verständnis von Finanzierung zu gelangen.

Wenn im allgemeinen Sprachgebrauch von »Finanzierung« die Rede ist, denken die meisten Menschen bspw. zunächst an die Beschaffung eines Geldbetrages, mit dem man eine größere Anschaffung oder ein größeres Projekt stemmen kann. Die Geldmittel stammen dabei

(1) Die Ausführungen in diesem Abschnitt basieren teilweise auf einem gemeinsamen Blogbeitrag mit Richard Sturm, der auf der Webseite der Evangelischen Akademie Tutzing veröffentlicht wurde (Klüh und Sturm 2025), einschließlich einiger direkter Übernahmen aus dem Beitrag.

entweder aus eigenen Ersparnissen, aus den über Kapitalmärkte vermittelten Ersparnissen anderer oder aus einer Kreditvergabe durch Banken. »Finanzierung« steht im allgemeinen Sprachgebrauch mithin meist für eine im weitesten Sinne einzel- und gleichzeitig geldwirtschaftliche Aktivität. Im Rahmen der Finanzierung der Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft herrschten lange Zeit ganz ähnliche Vorstellungen. Der Begriff »Sustainable Finance«, zu Deutsch: »Nachhaltige Finanzierung«, stand für eine Sichtweise, die großes Vertrauen in geldbasierte Marktmechanismen und privatwirtschaftliche Initiative setzte. Die Vorstellung war: Gelingt es dem Staat, einen ausreichend hohen Preis für klimaschädliche Emissionen zu etablieren, würden die flinken aber unsichtbaren Hände privater Finanzmärkte dafür sorgen, dass schädlichen Geschäften die Mittel entzogen, zukunftsträchtigen grünen Anwendungen Geldmittel zugeführt würden.

Die Versprechen der privaten Finanzmarktakteure, die für die Transformation notwendigen Gelder aufzutreiben, haben sich bedauerlicherweise als *leere Worte* erwiesen. Nur mit Hilfe aufwendiger staatlicher Maßnahmen ist es in den letzten Jahren gelungen, eine im Vergleich zu den Notwendigkeiten immer noch viel zu geringe Summe an Mitteln aufzubringen: Der Staat setzt hierbei nicht nur Rahmenbedingungen, bspw. im Hinblick auf die Messung und Berichterstattung. Er übernimmt selbst einen erheblichen Teil der mit der Transformation einhergehenden Risiken und Kosten. Mit dieser Übernahme sind staatliche und überstaatliche Akteure selbst ein Versprechen eingegangen: Die Finanzierung der Nachhaltigkeitstransformation so zu fördern, dass sie am Ende gelingt.

Diese Versprechungen haben sich bedauerlicherweise jedoch ebenfalls als *leere Worte* erwiesen. Grundgesetzlich verankerte Schuldenbremsen lassen sich dauerhaft ebenso wenig ignorieren wie die institutionellen und demokratischen Defizite der Europäischen Union oder die Anfälligkeit bestimmter Wählergruppen für die rechtspopulistischen Versprechen von Klimaleugnern, die nicht selten die Interessen der alten, fossilen Wirtschaft vertreten. Zudem scheitert auch jedwede »hybride«, also im Zwischenraum zwischen privaten und öffentlichen Sphären angesiedelte Finanzierungslösung, wenn nicht ausreichend öffentliche Mittel zur Verfügung stehen.

Warum erweisen sich bisher alle Versprechen, die Transformation zu finanzieren, als leere Worte? Bei der Beantwortung dieser Frage kann eine terrestrische Perspektive hilfreich sein. Dazu ist es sinnvoll, den Begriff »Finanzierung« selbst als ein »leeres Wort«, einen »Slogan« ohne festgelegte Bedeutung zu begreifen. Als bedeutungsoffenes

»Label« kann der Begriff auf viele Arten und ganz unterschiedlich interpretiert werden und dabei unterschiedliche Überzeugungen und Agenden repräsentieren. Philosophen wie Ernesto Laclau sprechen in diesem Zusammenhang von einem »empty signifier«. Ausgehend von diesem Begriff lassen sich einige Gründe finden, warum sich die meisten Versprechungen zur Finanzierung der Transformation als »leere Worte« erwiesen haben.

Der erste Grund, der zur Erklärung der bisher unzureichenden Transformationsfinanzierung beitragen kann, ist die Gleichsetzung von Finanzierungsfragen mit Fragen der Geldbeschaffung. Es ist natürlich nicht überraschend, dass in einem kapitalistischen System, in dem sich nicht alles aber vieles ums Geld dreht, die Leere der Zeichenfolge zunächst mit Geld gefüllt wird. Geld jedoch ist in Finanzierungsfragen ein zwar wichtiges, aber trügerisches Medium:

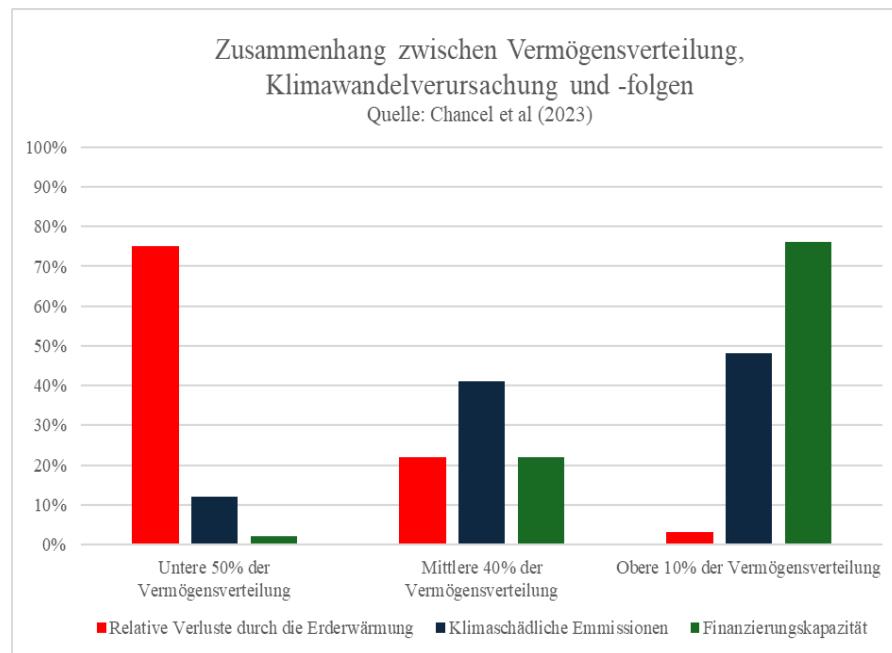
For some weeks at this hour you have enjoyed the day-dreams of planning. But what about the nightmare of finance? I am sure there have been many listeners who have been muttering: ›That's all very well, but how is it to be paid for?‹ Let me begin by telling you how I tried to answer an eminent architect who pushed on one side all the grandiose plans to rebuild London with the phrase: ›Where's the money to come from?‹ ›The money?‹ I said. ›But surely, Sir John, you don't build houses with money? Do you mean that there won't be enough bricks and mortar and steel and cement?‹ (Keynes 1978, S. 264)

Der »Albtraum der Finanzierung« entsteht mit der eingangs verwendeten aber fälschlichen Gleichsetzung des Begriffs »Finanzierung« mit dem Aufbringen eines Geldbetrages. In Wirklichkeit geht es bei Finanzierungen, und gerade bei der Finanzierung der Transformation, um materielle Fragen: Kann mit den Metallen aus Yachten eine S-Bahn »finanziert« werden? Können die seltenen Erden für E-Roller in São Paulo bei der Produktion von großen E-Automobilen in München »eingespart« werden? Werden die Bagger und Baggerführer von der Autobahn zur Schnellbahntrasse »transferiert«? Kann mit einer Umwidmung von Flächen die nachhaltige Produktion von Lebensmitteln in einem Umfang gesteigert werden, der die Zurückführung von Monokulturen kompensiert?

Der zweite Grund für die bisher leeren Versprechungen besteht darin, dass bei Finanzierungsproblemen Machtfragen entscheidend sind. Wer allerdings wie Macht ausübt, bleibt im aktuellen politischen Diskurs

oft ausgeblendet. Der strategische Einsatz »leerer Signifikanten« spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Auf den Zusammenhang zwischen leeren Signifikanten und Macht hat Ernesto Laclau besonders eindrücklich hingewiesen. Herrschaft wird durch die Schöpfung und stetige Umwandlung solcher leerer Signifikanten ausgeübt. Es ergibt sich eine dynamische Wechselbeziehung, bei der Macht durch die Fähigkeit ausgeübt wird, unbestimmte und flexible Konzepte zu kontrollieren und in einem bestimmten politischen Kontext zu besetzen. Die Geschichte des Begriffs »Finanzierung«, die eng mit der Herausbildung der gesellschaftlichen Dominanz finanzieller Logiken, Akteure und Technologien verbunden ist, belegt diesen Zusammenhang eindrucksvoll.

Der dritte Grund für leere Worte ist mit dem zweiten eng verwandt: Finanzierungsfragen sind immer auch Verteilungsfragen, gerade in der sozial-ökologischen Transformation (Schaubild 2). Denn die Folgen des Klimawandels treffen arme Menschen hart, vermögende Menschen weniger hart. Umgekehrt tragen Menschen mit guter Finanzausstattung überproportional, Menschen mit schlechter Finanzausstattung nicht oder nur wenig zu den Problemen bei. In ähnlicher Form sind auch die Kapazitäten, zur direkten »Finanzierung« der Klimatransformation beizutragen, stark ungleich verteilt. Und diese Verteilungsaspekte stellen nur den Anfang einer langen Reihe ähnlicher Probleme dar.



Das Finanzsystem ist mithin Kristallisierungskern eines hegemonialen Diskurses, der Macht- und Verteilungsfragen verschleiert. Stattdessen werden komplexe Fragen von Ökosystemdienstleistungen, dem

Mensch-Natur-Verhältnis oder der Verteilungsgerechtigkeit in die Sphäre marktförmiger, auf den ersten Blick »neutraler« und »fairer« Bewertungen gebracht. Es kommt zu einer Fetischisierung des Finanzsystems, wie sie etwa der Begeisterung über handelbare Emissionsrechte zugrunde liegt. Den Klimaschutz endlich auch in den Orbit finanzmarktförmiger Bewertungen zu bringen, wird zur Agenda einer um Vormachtstellung bemühten Gruppe einflussreicher Akteure.

Genau entgegen diesem über weite Strecken hegemonialen Diskurses ist es aus einer terrestrischen Perspektive wichtig, »das Finanzielle« als Kombination dreier Aspekte zu begreifen: Als Ausdruck realer Machtverhältnisse, konfliktreicher Verteilungsprobleme und als Medium materieller Ressourcenumschichtungen - im besten Fall in Richtung der »Geflechte des Lebens«, die im Zentrum der terrestrischen Betrachtung aus Abschnitt 2.1. stehen. Alle drei Aspekte sind miteinander verwoben. Dass Ressourcenumschichtungen (sei es zur Regeneration von Flächen, zugunsten des Baus eines Radwegenetzes, sei es für nachhaltige Energieerzeugung oder wofür auch immer) »finanzielle« Voraussetzungen haben, zeigt letztlich, dass sie nicht im luftleeren Raum stattfinden. Sie haben Voraussetzungen und Konsequenzen im Hinblick auf Macht und Verteilungskonflikte. Vermögensbezogene Steuern könnten genau hier ansetzen. Doch dabei sind einige wichtige polit-ökonomische und -ökologische Restriktionen zu berücksichtigen.

→ 3 Polit-ökonomische und -ökologische Restriktionen

Gegen eine umfassende Besteuerung hoher Vermögen werden vor allem von Volkswirten zahlreiche Argumente vorgebracht (siehe u.a. Fuest et al. 2018): Häufig wird eingewendet, dass entsprechende Steuern Investitionen und Kapitalbildung hemmen und so das Wirtschaftswachstum behindern. Die Gerechtigkeitsimplikationen einer möglichen Doppelbelastung sowie der Verwaltungsaufwand sei hoch, weil die Bewertung von Immobilien, Unternehmensanteilen und sonstigen Vermögenswerten komplex und streitanfällig ist. Schließlich wird argumentiert, dass Vermögenssteuern die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes schwächen könnten, da wohlhabende Personen und Unternehmen ihren Sitz in Länder mit geringerer Steuerlast verlagern und damit die heimische Wirtschaftskraft schmälern.

Jüngere Studien zeichnen ein komplexeres Bild. So kommen bspw. die Studien der britischen »Wealth Tax Commission« (Advani et al. 2020) zu einer deutlich differenzierteren Einschätzung: Adam und Miller (2025) argumentieren, dass sich gute Verteilungspolitische und ökonomische Gründe für eine Vermögenssteuer finden lassen. Advani und

Tarrant geben einen Überblick über empirische Schätzungen zum Verhalten von Steuerpflichtigen und sehen durchaus Spielräume für eine effektive Steuererhebung. Daly und Loutzenhiser (2020) beschreiben die Herausforderungen bei Bewertungsfragen, schlagen aber auch mögliche Lösungsansätze zum Umgang mit Liquiditätsproblemen (Loutzenhiser und Mann 2020), Bewertungsfragen (Daly et al. 2022) und Verwaltungsproblemen (Barnett et al. 2020) vor. Insgesamt spricht sich die Kommission für eine einmalige Abgabe auf hohe Vermögen aus, kann aber auch Argumente für eine regelmäßige Besteuerung finden. Andere Untersuchungen stützen diese Argumente zumindest zum Teil (siehe insbes. Scheuer und Slemrod 2021, Organisation for Economic Co-operation and Development 2018, Saez und Zucman 2019, Saez und Zucman 2022; Piketty et al. 2023, sowie Klüh 2016).

Aus einer terrestrischen Perspektive sind nicht alle genannten Argumente gleich relevant. So sind negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum unter Umständen sogar wünschenswert, wenn diese mit einer Re-orientierung auf die Gewährleistung von Lebensbedingungen einhergehen. Aus diesem Grund ist eine terrestrische Kontextualisierung der ökonomischen Debatte notwendig. Gleichzeitig darf eine solche terrestrische Bewertung jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die genannten Probleme (einschließlich der Wachstumsproblematik) eine zielführende Besteuerung von Vermögenswerten erheblich behindern könnten. An dieser Stelle wende ich mich deshalb drei Problembereichen zu, die insbesondere in der wirtschaftspolitischen Debatte immer wieder große Aufmerksamkeit erfahren: Bewertungsprobleme, Umgehungsprobleme und Überzeugungs- bzw. Legitimationsprobleme. Zahlreiche Argumente aus der Literatur lassen sich unter diesen drei Problembereichen zusammenfassen. Ich diskutiere diese Bereiche sowohl aus einer terrestrischen als auch aus einer eher literaturbasierten pragmatischen Perspektive (v.a. unter Verwendung der Erkenntnisse der Wealth Tax Commission), um zu konkreten Ansatzpunkten für die Ausgestaltung einer sozial-ökologischen Vermögensbesteuerung zu gelangen. Dabei ist der Anspruch nicht, eine umfassende Analyse der bestehenden Literatur vorzulegen, sondern eher eine Auseinandersetzung mit dem Stand der Debatte, so wie dieser von mir wahrgenommen wird.

⇒ 3.1 Bewertungsprobleme

Bewertungsfragen dominieren die Debatte zu den Grenzen von vermögensbezogenen Steuern. Um Vermögenswerte zu besteuern ist es notwendig, sie einer monetären Bewertung zu unterziehen. Hierbei ent-

stehen Probleme, die oft als wesentlicher Hinderungsgrund für eine konsequente Besteuerung hoher Vermögen angeführt werden. Vom Wall Street Journal, (Frank 2012: »the wealth tax has a fatal flaw: valuation«) bis hin zum Bundesverfassungsgericht (Thiele 2023) wird die Frage der Bewertung meist als Hauptproblem der Einführung solcher Steuern gesehen. Im Mittelpunkt stehen hierbei fünf Aspekte. Erstens lassen sich für viele Vermögenswerte (z.B. Immobilien in ländlichen Gebieten, Kunst, Antiquitäten, Unternehmensbeteiligungen) nur schwerlich Marktwerte bestimmen, was zu Ungleichbehandlungen, Allokationsproblemen und Steuerverschiebungen führen kann. Zweitens unterscheiden sich Vermögenswerte in nur eingeschränkt quantifizierbarer Art und Weise, bei Immobilien bspw. im Hinblick auf Lage, Zustand und Nutzung – standardisierte Verfahren wie Ertrags-, Vergleichs-, oder Sachwertverfahren liefern deshalb oft sehr unterschiedliche Ergebnisse. Drittens leidet die Bewertung von Unternehmensvermögen für nicht börsennotierte Unternehmen darunter, dass die Buchwerte in den Bilanzen oft nicht den tatsächlichen Verkehrswert wider spiegeln. Viertens verändern Vermögenswerte kontinuierlich ihren Wert, regelmäßige Neubewertung ist aber aufwendig und teuer. Fünftens und schließlich entstehen durch die Komplexität des Bewertungsproblems Manipulationsmöglichkeiten, die auch in großem Umfang genutzt werden (Advani und Tarrant).

Vor dem Hintergrund neuerer finanzwissenschaftlicher Forschung erscheint es jedoch durchaus möglich, Bewertungsprobleme so zu lösen, dass eine umfassende Besteuerung von hohen Vermögen möglich ist. Daly et al. (2022) kommen auf Basis einer detaillierten Analyse der internationalen und britischen Erfahrung zu dem Schluss, dass selbst für die problematischsten Vermögenswerte zufriedenstellende Optionen zur Ermittlung eines Wertes für Vermögenssteuerzwecke zur Verfügung stehen. Dazu kommt, dass die vielfältigen und komplexen Bewertungsfragen bei der Konzeption und Umsetzung einer Vermögenssteuer nicht grundsätzlich größer sind als bei der Konzeption und Umsetzung einer Einkommensteuer. Gamage et al. (2021) zeigen, wie eine Kombination aus formelhaften Bewertungen und Schätzungen genutzt werden kann, um zu ausreichend genauen Bewertungen zu gelangen und so die Möglichkeit der Steuerumgehung durch Unterbewertung zu minimieren. Kostenschätzungen für solche Verfahren gelangen zu überschaubaren Werten (Daly et al. 2022; Gamage et al. 2021).

Die kritische sozialwissenschaftliche Forschung ergänzt solche pragmatischen Vorschläge mit einer Kritik der hegemonialen Deutungsansprüche, die mit der Vorstellung verbunden sind, Vermögen könnten

und sollten auf Heller und Pfenning bewertet werden, und dies dürfe nur auf Basis hochgradiger exakter Marktpreisbewertungen geschehen. Diese Vorstellung kann als Ausdruck einer exzessiven Vermarktlichung des Wertebegriffs beschrieben werden, die durch Prozesse der Finanzialisierung noch einmal verschärft wurde (Chiapello 2015). Geraude Versuche, Nachhaltigkeit als Kategorie in die Logik der Finanzmärkte zu integrieren, veranschaulicht entsprechende Tendenzen: Am Produktions- und Finanzsystem ansetzende Bewertungslogiken laufen Gefahr, zu finanzisierten Kategorien von Wert zu führen, denn sie basieren auf der besonderen Performativität von Märkten (Bracking 2012, 2015, 2019).

Die terrestrische Perspektive greift diese Kritik auf und radikalisiert sie. Die beschriebenen Bewertungsprobleme werden nicht nur relativiert, sondern vom Kopf auf die Füße gestellt: An die Stelle einer monistischen Fokussierung von monetären Größen tritt die Forderung nach einer multidimensionalen Bewertung, die die ökologischen und sozialen Wirkungen der Vermögensverwendung in den Blick nimmt und sich dabei von einer Analyse ökonomischer Zusammenhänge löst, die auf Freiheit, der zentralen Rolle des Menschen und mechanischen Wirkungsweisen beruht, und sich einer Analyse zuwendet, die auf Abhängigkeit, einer verteilten Rolle des Menschen und Emergenz aufbaut (Latour 2018 Kapitel 18). Um eine Besteuerung im Einklang mit den sozial-ökologischen Wirkungen eines bestimmten Vermögensbestandes zu vollziehen, muss diese um terrestrische Bewertungskriterien ergänzt werden. Da diese nicht nur menschlichen Kriterien unterworfen sind, entsteht zwangsläufig ein für das menschliche Auge grobes Raster.

Zusammengenommen zeigt sich, dass eine umfassende terrestrische Besteuerung von Vermögen nicht an Bewertungsproblemen scheitern sollte. Eine Loslösung von der für die (erste und zweite) Moderne charakteristischen Vorstellung, über Märkte ließe sich ein hohes Maß an Vergleichbarkeit herstellen würde eine differenzierte Betrachtung unterschiedlicher Vermögensarten erlauben, wie wir sie unten diskutieren. Doch schon ohne eine fundamentale Loslösung von etablierten Prinzipien lassen sich in der Literatur zahlreiche Bewertungsmechanismen finden. Interessant ist in diesem Zusammenhang bspw. der Vorschlag von Galle et al. (2022): Regierungen sollten Zahlungen von Vermögenden in Form von Kapitalbeteiligungen entgegennehmen, eine Idee, für die sich in abgewandelter Form auch Saez und Zucman (2021) starkmachen (und die den Einwand widerlegt, Steuern auf Unternehmensbeteiligungen würden notwendigerweise zu Liquiditätsengpässen führen). Die Regierung erhält (im Normalfall als stiller Teil-

haber) einen Anspruch auf einen Teil der Aktien eines Unternehmens oder einen Teil des Grundstücks. Da es sich um einen festen Anteil des Vermögenswerts handelt, unabhängig vom Wert dieses Vermögenswerts, ist keine Bewertung erforderlich.

⇒ 3.2 Umgehungsprobleme

Die vielfältigen Umgehungs möglichkeiten vermögensbezogener Steuern stellen gerade in einer hochglobalisierten Welt ein zentrales Problem dar. Sie reichen von weitgehend legalen Methoden der »Gestaltung« (wie der Verlagerung des Wohnsitzes oder des besteuerten Vermögensgegenstandes, der Nutzung von Trusts, Stiftungen, Familienstiftungen, Holding- und Gesellschaftsstrukturen, der Übertragungen und Splitting auf Angehörige oder der Nutzung steueroptimierter Bewertungsmethoden) über zweifelhafte aber oft rechtlich gangbare Strategien (wie der Nutzung von schwer bewertbaren Vermögenswerten, der Konstruktion besonders komplexer, oft grenzüberschreitender Besitzstrukturen oder der Verlagerung von Schulden auf steuerpflichtige Person) bis hin zu illegalen Geschäften, wie der schlüchten Nicht-deklaration von Vermögen oder der Nutzung von Scheinfirmen und getarnten Konten.

Die genannten Praktiken stellen ein Problem dar, das nicht nur die Wirkung vermögensbezogener Steuern entscheidend konterkarieren oder sogar pervertieren kann, wie Rotberg und Steinberg (2024) zeigen. Sie stellen auch ohne zusätzliche Besteuerungsinitiativen ein zentrales Problem dar, das ohnedies zu lösen ist. Denn sie limitieren die Möglichkeiten des Staates für öffentliche Investitionen und sozialpolitische Maßnahmen und tragen entscheidend zum bisherigen Anstieg der Vermögensungleichheit bei (Alstadsæter et al. 2019). Es ist aber nicht von der Hand zu weisen, dass eine spürbare Erhöhung vermögensbezogener Steuern zu einem erheblichen Anstieg von Umgehungsaktivitäten führen würden, das zeigen jüngere Studien eindrücklich (Advani und Tarrant).

Dies kann jedoch kein Grund sein, eine solche Erhöhung prinzipiell auszuschließen. Zum einen gibt es gute theoretische und auch praktische Gründe zu der Annahme, dass vermögensbezogene Steuern ein Steuersystem so komplettieren können, dass die durch die Umgehungs- und Erhebungsprobleme bei anderer Steuern verursachten Probleme abgemildert werden (Brunner et al. 2013). Zudem erweist sich die Bekämpfung illegaler Praktiken als durchaus wirksam, selbst wenn legale Ausweichreaktionen in die Analyse einbezogen werden (Alstadsæter et al. 2022). Aktuelle Forschungen zeigen zum anderen,

dass die nationalen Fisken keineswegs machtlos sind, um entsprechenden Problemen zu begegnen (siehe Saez und Zucman 2021 für einen Überblick).

Aus terrestrischer Sicht erweisen sich drei Instrumente zum Umgang mit Umgehungsproblemen als besonders interessant. Erstens sind bestimmte Bestandteile des Sachvermögens nur dann werthaltig, wenn sie in regelmäßigen Abständen entsprechende Steueroasen verlassen. Yachten und Privatflugzeuge können nur dann entsprechend genutzt werden, wenn sie Jurisdiktionen besuchen, die üblicherweise an einer relevanten Steuer- und Abgabenhöhe interessiert sind. Zweitens, und dieser Aspekt erweist sich als ungleich wichtiger, sollten die Möglichkeiten einer verstärkten Besteuerung von Grund, Boden und Immobilien berücksichtigt werden. Entsprechende Vermögenswerte weisen ein besonders geringes Ausweich- und Hinterziehungspotenzial auf und werden aus ökonomischer Sicht als eine der effektivsten und fairesten Formen vermögensbezogener Besteuerung angesehen, auch weil das Immobilienvermögen hochkonzentriert ist. Letzteres ist nicht nur ortsgebunden, sondern auch leicht identifizierbar und bewertbar, zumal die meisten Länder ein Grundbuch- und Katasterwesen aufweisen. Üblicherweise besteht das Hauptgegenargument in Akzeptanzfragen, bspw. aufgrund der Sorge um die selbstbewohnte Immobilie oder die besondere Belastung urbaner Lagen. Gerade hier jedoch wäre ein terrestrischer Rahmen hilfreich, denn er würde explizit berücksichtigen können, dass lokale Verbundenheit und Verwurzelung steuerlich bevorteilt werden sollte, bspw. durch großzügige Ausnahmeregelungen für ökologisch bewirtschaftete eigengenutzte Immobilien bis zu einer gewissen Größe oder Steuervorteile für Unternehmen, die sich zur Umsetzung lokaler Projekte verpflichten. Hier setzt auch das dritte Instrument, sogenannte Exit-Steuern, an. Diese werden dann erhoben, wenn Vermögende aus steuerlichen Gründen den Wohn- oder Betriebsitz verlagern oder, wie in den Vereinigten Staaten, die Staatsbürgerschaft abgeben. Die Idee solcher Steuern könnte auch regionalisiert werden, wie jüngst von Appleby (2022) vorgeschlagen.

⇒ 3.3 Legitimationsprobleme

Untersuchungen zur öffentlichen Meinung im Hinblick auf vermögensbezogene Steuern finden ein teils erstaunlich hohes Maß an Unterstützung für eine höhere Besteuerung großer Vermögen. Dies gilt für nahezu alle Vermögenswerte mit der wichtigen Ausnahme der selbstbewohnten Immobilie. In einer der bisher wohl umfassendsten Studien stellen Rowlingson et al. (2021) fest, dass eine Vermögenssteuer im

Vergleich zu anderen Steuern eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung findet. Die Einbeziehung von Finanzanlagen und Immobilienvermögen (mit Ausnahme des Hauptwohnsitzes) in die Bemessungsgrundlage findet hohe Zustimmung, die Einbeziehung von Bargelder-sparnissen, Rentenvermögen und dem Hauptwohnsitz eher geringere. Auch Umfragen dokumentieren eine Mehrheit für vermögensbasierte Steuern (Sachweh und Eicher 2018).

Dennoch wähnen sich viele Politiker*innen vor einem erheblichen Legitimationszwang, wenn es um neue Formen der Vermögensbesteuerung geht. Dies hat ganz unterschiedliche Gründe, die von der Art der Berichterstattung im medialen Diskurs (siehe bspw. Dallinger 2021) über die Angst vor der Reaktion einflussreicher Partikularinteressen bis hin zu der Befürchtung reichen, Neiddebatten und gesellschaftliche Spaltungstendenzen zu befördern. Eine wichtige Frage ist deshalb, wie vermögensbezogene Steuern in politische Diskurse eingespeist, rationalisiert und kontextualisiert werden. Dabei spielen auch Narrative, Framings und Metaphern eine unter Umständen wichtige Rolle (Prabhakar 2008).

Eine terrestrische Perspektive eröffnet in diesem Zusammenhang neue Möglichkeiten zur Motivation und Legitimation vermögensbezogener Steuern. Dabei kann zunächst an der Krisenhaftigkeit der aktuellen Konstellation angesetzt werden, bspw. unter Bezugnahme auf Probleme der Anpassung an den Klimawandel. Denn das neue Klimaregime verknüpft Aspekte der ökologischen und sozialen Gerechtigkeit auf eine neue Art und Weise, die konservative und progressive Kräfte miteinander verbinden könnte – ein zentrales Ziel terrestrischer Politik. Die ungleiche Verantwortung und Betroffenheit von Vermögenden und nicht Vermögenden kann als moralische und politische Rechtfertigung für höhere Steuern dienen: Von zentraler Bedeutung dürfte hierbei vor allem die Möglichkeit sein, die Erträge aus einer verstärkten Besteuerung hoher Vermögen zur Unterstützung von Initiativen und Projekten zu verwenden, die sich dem Aufbau und Erhalt von Erzeugungssystemen widmen. Diese reichen von Bereichen der sogenannte Sorgewirtschaft bis hin zu einer starken Ausweitung der Förderung ländlicher Räume, in denen der Widerstand gegenüber einer konsequenten Verfolgung ökologischer Ziele oft groß ist.

⇒ 4 Eine ökologische Vermögensbesteuerungsreform

Aus der Analyse der beiden vorangegangenen Abschnitte lassen sich erste Leitlinien für eine ökologische Reform vermögensbezogener Steuern ableiten. An dieser Stelle schlage ich sechs solcher Leitlinien

vor. Diese weichen teilweise beträchtlich vom bisherigen Konsens zur adäquaten Besteuerung von Vermögen ab, insbesondere im Hinblick auf Fragen der einheitlichen Besteuerung unterschiedlicher Vermögensarten, der Behandlung spezifischer Anlageformen sowie der Zweckbestimmung von entsprechenden Einnahmen. Auf Basis dieser Leitlinien lassen sich Grundzüge einer an terrestrischen Erwägungen ansetzenden, ökologischen Vermögensbesteuerungsreform (ÖVR) ableiten. Selbstverständlich müssen hierzu zahlreiche Komplikationen ausgeblendet werden. Einerseits steckt die Forschung zu Wirkungskanälen und Nebeneffekten entsprechender Steuern in den Anfängen, eine literaturbasierte Analyse bleibt deshalb nicht selten spekulativ. Zudem wären bei der Umsetzung einer solchen Reform erhebliche Probleme zu erwarten, die an dieser Stelle, wenn überhaupt, nur angerissen werden können (siehe Advani et al. 2020 sowie die begleitenden Detailuntersuchungen für eine weitergehende Auseinandersetzung mit den eher technischen und administrativen Problemen einer umfassenden Vermögensbesteuerung).

⇒ 4.1 Leitlinien einer ökologischen Vermögensbesteuerungsreform

Leitlinie 1: *Unterschiedliche Vermögensformen sollten differenziert betrachtet und besteuert werden.* Gerade von Befürworter*innen einer höheren Vermögensbesteuerung wird häufig argumentiert, dass eine einheitliche Behandlung unterschiedlicher Vermögensarten dem Grundsatz der Gleichbehandlung (bspw. nach Art 3 GG) sowie dem Leistungsfähigkeitsprinzip am besten genügen kann (Chamberlain 2020). Für eine breite Bemessungsgrundlage sprächen auch Gründe der effektiven Steuererhebung sowie der Vermeidung von Gestaltungs- und Umgehungsmöglichkeiten. Oft werden auch Fehlanreize im Sinne einer Verzerrung von Investitionsentscheidungen angeführt. Bereits an diesem Punkt führt eine terrestrische Perspektive jedoch zu einem anderen Resultat. Aus einer solchen Perspektive spricht vieles für eine Besteuerung, die zwischen Vermögenswerten des Produktionssystems und des Erzeugungssystems differenziert, gerade um Investitionen zu lenken. Solche, die vor allem der Logik des Produktionssystems folgen, sollten höher besteuert werden als solche, die eine größere Nähe zur Erzeugungslogik aufweisen.

Natürlich führt ein System vermögensbezogener Steuern zu zahlreichen Komplexitäten und auch Komplikationen, bspw. im Hinblick auf Anrechnungs- und Verrechnungsprobleme, die Frage einer angemessenen Gesamtsteuerbelastung oder die Auswirkungen auf die relative Bepreisung unterschiedlicher Vermögenswerte. Es lassen sich aber

auch gute Gründe für eine differenzierte Behandlung anführen, die an den oben diskutierten Bewertungs-, Umgehungs- und Überzeugungsproblemen ansetzen. Im Hinblick auf *Bewertungsfragen* ist zum einen zu berücksichtigen, dass die sozial-ökologischen Effekte einer bestimmten Verwendung von Grund und Boden ganz anders zu evaluieren sind als die von spezifischen Vermögenswerten wie Yachten oder Privatflugzeugen oder von einer bestimmten Allokation von Finanzvermögen. Zum anderen vermeidet eine differenzierte Betrachtung auch praktische Probleme, die daraus resultieren, dass nicht alle Vermögenswerte gleichermaßen kommodifiziert und vermarktet werden können, gerade im Zuge einer sozial-ökologischen Transformation. Auf absehbare Zeit wird bspw. der ökonomische Wert bestimmter Finanzprodukte leichter mit Marktpreisen zu bestimmen sein als der von Grund und Boden.

Im Hinblick auf *Umgehungsprobleme* ist der Vorteil einer besonderen Betonung von Grund-, Boden- und Immobiliensteuern offensichtlich und breit dokumentiert. Doch auch auf mobiles Sachvermögen wie Kunstwerke, Yachten und Privatflugzeuge lässt sich oft leichter zugreifen als auf flüchtiges Finanzvermögen. Problematisch ist in all diesen Fällen (und bei der Besteuerung von Vermögensgegenständen insgesamt) eher die Tendenz, Vermögensgegenstände auf viele Personen zu verteilen oder in rechtliche Vehikel zu überführen, die eine Bewertung und Zurechnung erschweren. Im Hinblick auf solche Strategien ist die internationale Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung. Diese dürfte jedoch durch eine differenzierte Betrachtung unterschiedlicher Vermögensarten eher vereinfacht werden. Eine international abgestimmte einheitliche Besteuerung mit einer breiten Steuerbasis scheitert nicht selten daran, dass unterschiedliche Länder schon aus historischen Gründen ganz verschiedenen Ansätzen folgen oder sich aus pragmatischen Gründen auf die Besteuerung unterschiedlicher Vermögensformen fokussieren. Differenzierende Ansätze würden eine Zusammenarbeit zwischen Ländern vereinfachen, die ähnliche oder auch komplementäre Ansätze verfolgen. Dabei könnten auch spezifische *Überzeugungsprobleme* adressiert werden, bspw. beim Umgang mit selbstbewohnten Immobilien.

Leitlinie 2: *Eine Reform der Besteuerung von Grund und Boden sowie von Immobilien ist die Basis einer ökologischen Vermögensbesteuungsreform.* Die Zentralität von Fragen der Landnutzung und Landverteilung für eine terrestrische Wirtschaftspolitik ergibt sich direkt aus dem Ziel, von einem Produktionssystem zu einem Erzeugungssystem überzugehen. Der ökologischen Besteuerung von Grund und Boden kommt deshalb eine zentrale Rolle zu. Hierzu stehen bereits etablierte

Instrumente wie die Bodenwertsteuer zur Verfügung (für eine Analyse im deutschen Kontext vgl. Büttner und Zimmermann 2020 sowie Graf 2021). Sie können allerdings nur den Einstieg in eine ÖVR darstellen, denn sie sind weit davon entfernt, eine ausreichend granuläre Bewertung der ökologischen Effekte alternativer Landnutzungen sicherzustellen (für entsprechende Ansätze siehe unten).

Leitlinie 3: *Mobiles Sachvermögen, dessen Existenz im Wesentlichen dem Produktionssystem dient und dem Erzeugersystem schadet, ist verstärkt zu besteuern.* Viele Formen mobilen Sachvermögens – insbesondere Luxusautos, Privatjets oder Yachten – verursachen hohe Emissionen und tragen vergleichsweise stark zur Überschreitung planetarer Grenzen bei. Emissionssteuern können entsprechende Umweltkosten jedoch nur sehr eingeschränkt internalisieren. Durch eine gezielte Besteuerung (z. B. nach Energie- und Materialverbrauch oder Größe) kann dem entgegengewirkt werden. CO₂-basierte Luxusgütersteuern (auf Autos, Flugzeuge, Yachten), progressive Steuern nach Verbrauch und Gewicht oder Ressourcensteuern auf seltene Materialien in teuren Mobilgütern können in Verbindung mit Registrierungspflichten für hochpreisige mobile Vermögensgüter deshalb einen wichtigen Beitrag leisten. Sie dürften zudem Vorteile im Hinblick auf Umgehungs- und Legitimationsprobleme aufweisen.

Leitlinie 4: *Die Besteuerung von Finanz- und Betriebsvermögen sollte an potenziellen Lenkungseffekten ausgerichtet sein.* Studien zu den klimapolitischen Effekten hoher Vermögenskonzentration zeigen, dass das Investitionsverhalten vermögender Bevölkerungsschichten einen entscheidenden Anteil an ökologischen Problemlagen hat (Chancel et al. 2022; Chancel et al. 2023). Eine Besteuerung von Finanzanlagen, die zum Klimawandel und anderen Umweltproblemen beitragen, kann vor diesem Hintergrund relative starke Steuerungswirkungen erzielen, wie erste Modellrechnungen zeigen (Bastos Neves und Semmler 2024).

Leitlinie 5: *Den Verteilungseffekten von Ausweichreaktionen auf Vermögensgegenstände, die aus terrestrischen Gründen einer geringen Besteuerung unterliegen, ist durch eine konsequente Besteuerung von Vermögenserträgen bzw. -zuwachsen zu begegnen.* Eine hohe Besteuerung bestimmter Vermögensformen könnte zu erheblichen Wertzuwächsen bei anderen Formen führen, bspw. bei Kunstwerken oder immateriellen Werten. Teilweise sind solche Effekte erwünscht, bspw. wenn es sich um den Wert von Flächen handelt, die v.a. dem Erzeugersystem zur Verfügung stehen. Teilweise sind sie hingegen unerwünschte Nebeneffekte, die zu einer weiteren Konzentration von

Vermögen führen können. Dem kann auf unterschiedliche Weise begegnet werden, bspw. durch eine konsequente Besteuerung entsprechender Wertzuwächse. Allerdings treten hier in der Tat neue Bewertungsprobleme auf, die mit der nicht selten hohen Illiquidität entsprechender Anlageformen einhergehen.

Leitlinie 6: *Die Netto-Einnahmen einer ÖVR sollten vor allem zur Abfederung der negativen ökologischen Folgen des Produktionssystems und zu einem Ausbau des Erzeugungssystems verwendet werden und so zu einer spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen von menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren beitragen.* Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Einnahmen einer ÖVR wird zur Ertüchtigung der öffentlichen Einrichtungen verwendet werden müssen, die die komplexe naturwissenschaftliche und administrative Grundlagenarbeit und Abwicklungsthemen bearbeiten. Doch selbst nach Abzug solcher Kosten sollte eine umfassende Besteuerung von hohen Vermögen Erträge erzielen können, die beim Übergang von einem Produktions- zu einem Erzeugungssystem eingesetzt werden können (Schätzungen zu den erwarteten Einnahmen einer umfassenden Vermögensbesteuerung liefern Ferschli et al. 2018 sowie Kapeller et al. 2021).

→ 4.2 Skizze einer ökologischen Vermögensbesteuerungsreform

Auf Basis der genannten Leitlinien lässt sich die Grundstruktur einer umfassenden, »terrestrischen« ÖVR skizzieren. Basis einer solchen Reform sollte eine politische Grundsatzentscheidung im Hinblick auf die Verwendung der Steuereinnahmen sein. Sofern es sich bei den erhobenen Abgaben um Steuern und nicht um Gebühren oder ein System von Sonderabgaben handelt (letztere könnten gerade im Hinblick auf Sachvermögen ein sinnvolles Element einer Reform sein), ist eine direkte Zweckbindung ausgeschlossen. Wie die ökologische Steuerreform von 1999 zeigt, ist es jedoch unproblematisch, wenn Politik im Zusammenhang mit einer Anpassung des Steuersystems bestimmte Ziele formuliert und plant und diese mit den erzielten Steuereinnahmen aus dem allgemeinen Haushalt umsetzt. Im Fall der ÖVR würde es nicht in erster Linie um eine Senkung der Arbeitskosten gehen, sondern um die Finanzierung eines sozial- und entwicklungsrechtlich flankierten Übergangs von einem Produktions- in ein Erzeugungssystem. Dazu böte sich u.a. ein Fond an, der zur Schließung der wachsenden Lücke zwischen Mitigations- und Adoptionskosten einerseits, verfügbaren klimapolitischen Mitteln andererseits genutzt werden könnte. Es sollten jedoch auch Maßnahmen gefördert werden, die sich dem Erhalt und Ausbau von Ökosystemen, der ökologischen Landnutzung sowie der

Finanzierung von Infrastrukturen der eher menschlichen Daseinsvorsorge (auch und insbes. im Bereich der Care-Ökonomie und Pflege) widmen. Dabei sollte explizit die aus terrestrischer Sicht notwendige Erhöhung von Nord-Süd-Transfers mitgedacht werden. Die Mittel für diese Maßnahmen würden über ein System vermögensbezogener Steuern und Abgaben erhoben, das auf drei Säulen beruht:

Die erste Säule besteht in einer konsequenten ökologischen Grundsteuerreform. Einstieg in eine solche Reform könnte die breitere Anwendung von Bodenwertsteuern sein. Diese müssten dann Schritt für Schritt um Elemente ergänzt werden, die eine progressive Besteuerung von Landnutzungsformen gewährleistet, die zum Klimawandel und zum Verlust von Biodiversität beitragen, gerade auch in der Landwirtschaft. In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur (siehe bspw. Brandt 2014, Kalkuhl et al. 2018 sowie Renigier-Bilozor et al. 2024) sowie der finanzwissenschaftlichen Praxis einiger Volkswirtschaften, v.a. in den Vereinigten Staaten (bspw. Kilgore et al. 2017 und) aber auch in vielen Schwellenländern (siehe bspw. Çiftçi und Şahin 2021 für den Bereich von Immobilien in der Türkei, Fendrich et al. 2022 für die Besteuerung landwirtschaftlicher Flächen in Brasilien, Thiel und Wenner 2018 für Estland oder Xiong und Li 2019 für ökologische Flächennutzungspolitiken in China) finden sich bereits zahlreiche theoretische und praktische Ansatzpunkte für eine solche Besteuerung. Dennoch müssten neue, terrestrische Bewertungs- und Klassifizierungssysteme geschaffen werden, im Einklang mit der Idee, Klassen- und Klassifikationskämpfe gemeinsam zu denken (Latour und Schultz 2022, S. 9–15). Dabei wird es unumgänglich sein, von der Vorstellung abzurücken, die ökologischen Wirkungen bestimmter Landnutzungsformen auf Heller und Pfenning beziffern zu können. Die in monetären Kategorien notwendigerweise groben Raster einer terrestrischen Besteuerung erfordern deshalb auch eine breite Debatte zu neuen Vorstellungen der Steuergerechtigkeit, die sich sowohl von finanziellisierten Vorstellungen der Vermögensbewertung (Chiapello 2015) lösen als auch weitere Aspekte, insbesondere im Hinblick auf Fragen der globalen Umweltgerechtigkeit, berücksichtigen müssen (siehe hierzu insbes. Hayward 2005, 2006).

Die zweite Säule nimmt spezifische Vermögensgegenstände in den Blick, die eine besonders starke Beziehung zum Produktionssystem sowie eine besonders prägnante Rolle bei der Konstituierung von Vermögensungleichheit spielen. Oft werden diese mit bestimmten Luxusgegenständen wie Schmuck, Kunstwerken, Fahrzeugen, Yachten oder Privatflugzeugen identifiziert (siehe Wallace und Welton 2023 sowie Haneman 2024 für eine Einführung, Miller 1975 für eine grundlegende

finanzwissenschaftliche Auseinandersetzung, Kim 2023 für Rechtfertigungsfragen). Aber prinzipiell könnte hier auch Betriebsvermögen in den Blick genommen werden, wobei hier tendenziell eher die dritte Säule des Modells zum Tragen kommt. Bei der Belastung entsprechender Assets können neben Steuern (meist kommen hier sog. »Excise Taxes«, also Verbrauch- oder Verkehrsteuer, zum Tragen) auch Abgaben im Verhältnis zum Wert und zur ökologischen Wirkung eingesetzt werden, bspw. auf kommunaler Ebene, bei der Nutzung von Infrastrukturen wie Häfen und Flughäfen oder bei der Parkraumbewirtschaftung. Nicht alles muss hier neu erfunden werden, oft bestehen schon Instrumente, die nur noch nicht im Kontext einer ÖVR gedacht wurden. Oft würde zudem schon ein Abbau bestehender Steuerprivilegien für entsprechende Vermögensgegenstände hilfreich sein. Auch hier spielen Verortungs- und Umgehungsfragen eine entscheidende Rolle, allerdings nicht selten für Vermögen, deren ökologische Wirkung begrenzt ist (siehe bspw. Helgadóttir 2023).

Die dritte Säule würde sich der Besteuerung von Kapitalanlagen und damit vor allem dem Finanz- und Betriebsvermögen widmen.² Aktuelle Forschung zeigt, dass eine am Kapitalmarkt ansetzende Belastung umweltschädlicher Verhaltensweisen einen wirksamen Mechanismus zur Umleitung von Ressourcenströmen liefern kann (Chittaro et al. 2025). Bastos Neves und Semmler (2024) schlagen hierzu eine neue Art von Steuer vor, eine sog. »Carbon Wealth Tax« und legen eine erste Auseinandersetzung mit Fragen der Steuerumsetzung vor. Die Steuer würde auf kohlenstoffintensive (»braune«) Vermögenswerte statt auf kohlenstoffintensive Güter erhoben. Erste quantitative Untersuchungen zeigen, dass ein entsprechendes System den Übergang zu einer grüneren Wirtschaft beschleunigen könnte, indem der Abzug von Kapital aus umweltschädlichen Bereichen beschleunigt und ein Anreiz für Investitionen in Emissionsvermeidung und Renaturierung gesetzt würde.

Offensichtlich würde eine Umsetzung entsprechender Maßnahmen erhebliche Investitionen in die Steuerverwaltung und -erhebung erfordern. Es würden zudem zahlreiche nicht intendierte Effekte zu erwarten sein, die ein kontinuierliches Nachsteuern erfordern, zumal die Steuerbasis bei einer erfolgreichen Besteuerung beständig abnimmt. Den Verteilungseffekten von Ausweichreaktionen auf Vermögensgegen-

(2) Eine besondere Herausforderung, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann, ist die Behandlungen von Unternehmensbeteiligungen bzw. Betriebsvermögen. Prinzipiell ist es jedoch durchaus möglich, Betriebsvermögen nach seinen ökologischen Wirkungen zu klassifizieren (bspw. unter Verwendung von Klassifizierungssystemen wie der EU-Taxonomie) und so einer terrestrischen Besteuerung zu unterziehen.

stände, die aus terrestrischen Gründen einer geringen Besteuerung unterliegen, ist durch eine konsequente Besteuerung von Vermögenserträgen bzw. -zuwächsen zu begegnen. All diese Effekte wären aus terrestrischer Sicht aber nicht unbedingt unerwünscht, denn insbesondere der kontinuierliche Lernprozess in Fragen der ökologischen Klassifikation von Vermögensformen steht ganz im Einklang mit der Vorstellung einer schrittweisen Veränderung von Wahrnehmungen im Verhältnis von Menschen zu entsprechenden Lebensgeflechten.

→ 5 Schlussbetrachtung

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Konstellation erscheint die Auseinandersetzung mit einer konsequenten ökologischen Besteuerung hoher Vermögen illusorisch. In vielen Nationalstaaten außerhalb und innerhalb Europas sind ökologische und teilweise auch soziale Belange auf der Prioritätenskala weiter abgerutscht, in den Vereinigten Staaten werden sie von der Trump-Regierung weitgehend ignoriert oder gar diffamiert. Die mutigen, aber im Vergleich zu den Notwendigkeiten immer noch zaghafte Versuche der Europäischen Union, im Green Deal eine echte Umleitung privater und eine konsequente Vergrößerung öffentlicher Finanzierungsströme zu gewährleisten, werden aktuell spürbar zurückgebaut. Radikalere Vorstellungen wie die hier vertretene Idee einer »terrestrischen« Wirtschaftspolitik oder einer ÖVR müssen vor diesem Hintergrund als naiv erscheinen, auch wenn Länder wie Brasilien weiterhin dafür eintreten.

Die vorangegangene Analyse möchte aufzeigen, dass eine solche Haltung verfehlt wäre. Denn gerade der Erfolg von politischen Kräften, die sich vehement gegen eine konsequente sozial-ökologische Transformation aussprechen, kann im Kern als Folge der Begrenztheit planetarer Ressourcen und den daraus resultierenden, durchaus verständlichen, anti-globalistischen und -modernistischen Reflexen erklärt werden. Für diese von Latour aufgestellte These sprechen auch neuere Forschungen zu Transformationskonflikten und zum Zusammenhang zwischen ökologischer Krise und Rechtspopulismus (siehe u.a. Eversberg et al. 2024 sowie kritisch Rasem 2025). Die wirtschaftspolitische Herausforderung bestünde mithin in der Konstruktion eines alternativen Programms zum Umgang mit planetaren Grenzen, das eine breite Mobilisierung der Bevölkerung gewährleistet, und zwar auch solcher Teile, die Umweltpolitik bisher als elitäres Projekt wahrnehmen. Eine konsequente Ausrichtung demokratischer Politik an den Verteilungsimplikationen aktueller Transformationen wäre der Kernbestandteil eines solchen Gegenprojekts, und eine breite Debatte zu öko-

logisch ausgerichteten vermögensbezogenen Steuern könnte einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis entsprechender Zusammenhänge liefern.

Eine wichtige Rolle könnte in diesem Zusammenhang die zunehmende Bedeutung der Anpassung an neue klimatische und ökologische Bedingungen spielen. Denn im Zuge der Klimaanpassung wird die Korrelation zwischen Vermögensausstattung und Vulnerabilitäten gegenüber ökologischen Problemen sichtbar. Gerade hier können Debatten zu vermögensbezogenen Steuern eine wichtige aufklärende Rolle spielen. Denn sie situieren die Anpassungspolitik dort, wo die Wurzelursachen von Vulnerabilitäten vermutet werden können: Hohe Vermögen reduzieren, *ceteris paribus*, das Risiko, dass Klimawandelfolgen in prekäre Lebenslagen führen. Die Vermögensausstattung ist zudem mit vielen der sozio-demographischen Charakteristika korreliert, die Verwundbarkeiten erhöhen (wie dem Wohnort und der Wohnsituation, dem Alter oder dem Gesundheitszustand). Und hohe Vermögen verursachen die ökologischen Krisen entscheidend mit, in denen Vulnerabilitäten sichtbar werden.

Aus diesen Gründen eröffnen vermögensbezogene Steuern die Möglichkeit, Anpassungsdiskurse stärker an einer realistischen Beschreibung von Verwundbarkeiten auszurichten. Dabei sollte auch die Zusammensetzung des Vermögens und entsprechende Kontextbedingungen in die Diskussion unterschiedlicher Besteuerungsmodelle integriert werden. So kann bspw. eine Immobilie durchaus auch Grund für spezifische Verwundbarkeiten sein, wenn kein Geldvermögen zur Absicherung von Extremwetterereignissen und zur Ertüchtigung des Gebäudes zur Verfügung steht. In Diskursen zu vermögensbezogenen Steuern könnten solche Lebenslagen identifiziert und politisch adressiert werden.

Hierzu wäre eine erhebliche Ausweitung der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschung notwendig. Denn viele der in diesem Beitrag zusammengetragenen Erkenntnisse sind noch vorläufig. Initiativen wie die britische Vermögenssteuerkommission, das World Inequality Lab oder das Tax Justice Network haben in den letzten Jahren zahlreiche neue und überraschende Erkenntnisse zu Tage gefördert, die eine Neubewertung der ökonomischen Wirkungen von vermögensbezogenen Steuern notwendig machen (siehe Abschnitt 3 und auch Klüh 2016). Leider spielen ökologische Aspekte in den entsprechenden Forschungen meist nur eine Nebenrolle. Für Deutschland fehlt eine solche detaillierte Auseinandersetzung mit Bewertungs-, Umsetzungs-, und Überzeugungsfragen weitestgehend, wie gerade auch die Auseinandersetzung zur Grundsteuer zeigt.

→ Literaturverzeichnis

Aabrotmeit, Richard (2019): Ein drolliger Krieg zwischen Modernisten und Erdverbundenen, Download unter: <https://www.krisis.org/2019/ein-drolliger-krieg-zwischen-modernisten-und-erdverbundenen/> (Zugriff am 07.11.2025).

Adam, Stuart/Miller, Helen (2025): The economics of a wealth tax, Download unter: https://www.wealthandpolicy.com/wp/EP3_Economics.pdf (Zugriff am 07.11.2025).

Advani, Arun/Chamberlain, Emma/Summers, Andy (2020): A wealth tax for the UK. Wealth Tax Commission final report, Download unter: <https://www.ukwealth.tax/s/A-Wealth-Tax-For-The-UK.pdf> (Zugriff am 08.11.25).

Advani, Arun/Tarrant, Hannah (o.A.): Behavioural responses to a wealth tax, Download unter: https://www.wealthandpolicy.com/wp/EP5_BehaviouralResponses.pdf (Zugriff am 07.11.2025).

Alstadsæter, Annette/Johannesen, Niels/Le Guern Herry, Ségal/Zucman, Gabriel (2022): Tax evasion and tax avoidance, in: Journal of Public Economics 206, S. 104587.

Alstadsæter, Annette/Johannesen, Niels/ Zucman, Gabriel (2019): Tax Evasion and Inequality, in: American Economic Review 109, S. 2073–2103.

Appleby, Andrew D. (2022): No Migration Without Taxation: State Exit Taxes, in: Harvard Journal on Legislation 60, S. 55–100.

Barnett, John/Bullock, Katherine/Troup, Edward (2020): The administration of a net wealth tax, Download unter: <https://www.wealthandpolicy.com/> (Zugriff am 07.11.2025).

Bastos Neves/Jose Pedro/Semmler, Willi (2024): Financing the Green Transformation with a Carbon-based Wealth Tax for Climate Protection – A Proposal, in: Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung 1, S. 443–456.

Bracking, Sarah (2012): How do Investors Value Environmental Harm/Care? Private Equity Funds, Development Finance Institutions and the Partial Financialization of Nature-based Industries, in: Development and Change 43, S. 271–293.

Bracking, Sarah (2015): Performativity in the Green Economy: how far does climate finance create a fictive economy?, in: Third World Quarterly 36, S. 2337–2357.

Bracking, Sarah (2019): Financialisation, Climate Finance, and the Calculative Challenges of Managing Environmental Change, in: *Antipode* 51, S. 709–729.

Brandt, Nicola (2014): Greening the Property Tax, in: *OECD Working Papers on Fiscal Federalism* 17.

Brunner, Johann K./Eckerstorfer, Paul/Pech, Susanne (2013): Optimal taxes on wealth and consumption in the presence of tax evasion, in: *Journal of Economics* 110, S. 107–124.

Büttner, Thiess/Zimmermann, Horst (2020): Eine Bodenwertsteuer als Grundsteuer?, in: *Wirtschaftsdienst* 100, S. 380–383.

Chamberlain, Emma (2020): Defining the tax base, Download unter: https://www.wealthandpolicy.com/wp/EP8_TaxBase.pdf (Zugriff am 13.11.2025).

Chancel, Lucas/Bothe, Philipp/Voituriez, Tancrède (2023): Climate Inequality Report 2023 (World Inequality Lab Study, 2023/1).

Chancel, Lucas/Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2022): *World Inequality Report 2022*: Harvard University Press.

Chiapello, Eve (2015): Financialization of Valuation, in: *Human studies* 38, S. 13–35.

Chittaro, Lautaro/Piazzesi, Monika/Sena, Marcelo/Schneider, Martin (2025): Asset Returns as Carbon Taxes, Download unter: <https://www.nber.org/papers/w34342> (Zugriff am 13.11.2025).

Çiftçi, Taha Emre/Şahin, İşıl F. Orkunoğlu (2021): Luxury Housing Tax in Terms of Taxation Principles. In: Yuksel Akay (Hg.): *Administrative and Economic Science*. Lyon: Livre de Lyon, S. 319–330.

Dallinger, Ursula (2021): Perzipierte Ungleichheit und politische Nachfrage, in: *Köln Z Soziol* 73, S. 473–500.

Daly, Stephen/Loutzenhiser, Glen/Hughson, Helen (2022): Valuation for the Purposes of a Wealth Tax 42, S. 615–650.

Drahoss, Elisabeth/Theine, Hendrik (2025): »Taxing the Palaces«: Dissecting the Media Discourse of Red Vienna's Wealth Tax Policy, in: *Journalism History*, S. 1–25.

Eversberg, Dennis/Fritz, Martin/Faber, Linda von/Schmelzer, Matthias (2024): *Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt*. Berlin: Campus Verlag.

- Fendrich, Arthur Nicolaus/Barreto, Alberto/Sparovek, Gerd/Gianetti, Giovani William/Da Luz Ferreira, Jaqueline/Souza Filho, Carlos Frederico Marés de et al. (2022): Taxation aiming environmental protection: The case of Brazilian Rural Land Tax, in: Land Use Policy 119, S. 106164.
- Ferschli, Benjamin/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Wildauer, Rafael (2018): Wie viel bringt eine Vermögenssteuer? Neue Aufkommensschätzung für Österreich, in: WISO 1/2018, S. 145–162.
- Frank, Robert (2012): The Problem With a Wealth Tax, in: Wall Street Journal 2012, 11.01.2012, Download unter: <https://www.wsj.com/articles/BL-WHB-4976>, Zugriff am 08.11.25.
- Fuest, Clemens (Hg.): Zur Debatte über die Einführung einer Nettovermögensteuer in Deutschland. Stiftung Familienunternehmen. München, Download unter: <https://www.familienunternehmen.de/>, Zugriff am 09.11.25.
- Fuest, Clemens/Neumeier, Florian/Stimmelmayr, Michael/Stöhlker, Daniel (2018): The Economic Effects of a Wealth Tax in Germany, in: ifo DICE Report 16 02, S. 22–26.
- Galle, Brian D./Gamage, David/Shanske, Darien (2022): Solving the Valuation Challenge: A Feasible Method for Taxing Extreme Wealth, in: Duke Law Journal 72, S. 1257–1343.
- Gamage, David/Glogower, Ari/Richards, Kitty (2021): How to Measure and Value Wealth for a Federal Wealth Tax Reform, in: Indiana Legal Studies Research Paper 444.
- Graf, Gerhard (2021): Das Bodenwertmodell für die Grundsteuer: Unzulänglichkeiten und mögliche Alternativen, in: Wirtschaftsdienst 101, S. 227–231.
- Haneman, Victoria J. (2024): Taxing dirty luxuries, in: Case Western Reserve Journal of International Law 56 56, S. 197–219.
- Hayward, Tim (2005): Thomas Pogge's Global Resources Dividend: A Critique and an Alternative, in: Journal of Moral Philosophy 2, S. 317–332.
- Hayward, Tim (2006): Global Justice and the Distribution of Natural Resources, in: Political Studies 54, S. 349–369.
- Helgadóttir, Oddný (2023): The new luxury freeports: Offshore storage, tax avoidance, and ›invisible‹ art, in: Environ Plan A 55, S. 1020–1040.

Kalkuhl, Matthias/Fernandez Milan, Blanca/Schwerhoff, Gregor/Jakob, Michael/Hahnen, Maren/Creutzig, Felix (2018): Can land taxes foster sustainable development? An assessment of fiscal, distributional and implementation issues, in: *Land Use Policy* 78, S. 338–352.

Kapeller, Jakob/Leitch, Stuart/Wildauer, Rafael (2021): A European Wealth Tax for a Fair and Green Recovery (ICAE Working Paper Series, 129), 2021.

Keynes, John Maynard (1978): Employment Policy. In: Elisabeth Johnson und Donald Moggridge (Hg.): *The Collected Writings of John Maynard Keynes*: Royal Economic Society, S. 264–420.

Kilgore, Michael A./Ellefson, Paul B./Funk, Travis J./Frey, Gregory E. (2017): State property tax incentives for promoting ecosystem goods and services from private forest land in the United States: a review and analysis, in: *e-Gen. Tech. Rep. SRS-228*. Asheville, NC: U.S. Department of Agriculture Forest Service, Southern Research Station. 228, S. 1–174.

Kim, Hyunseop (2023): Is luxury tax justifiable?, in: *Economics and Philosophy* 39, S. 446–467.

Klüh, Ulrich (2016): Kapitalakkumulation durch Kapitalbesteuerung? Eine kontextuelle Analyse der Vermögensbesteuerung, in: *Ethik und Gesellschaft* 1.

Klüh, Ulrich (2023): What role for the Homo Politicus in the socio-ecological transformation?, in: *Conference Proceedings of the Technical University of Sofia*. 71, S. 71–84.

Klüh, Ulrich/Sturm, Richard (2025): Leere Worte: Die »Finanzierung« der Nachhaltigkeitstransformation als politisches Problem, Download unter: <https://web.ev-akademie-tutzing.de/rotunde/wp-content/uploads/2025/01/Gastkolumne-Langversion.pdf> (Zugriff am 6.11.25).

Latour, Bruno (2017): The New Climate, in: *Harper's Magazine* 2017 May.

Latour, Bruno (2018): *Das terrestrische Manifest* (Edition Suhrkamp Sonderdruck). Berlin: Suhrkamp.

Latour, Bruno/Schultz, Nikolaj (2022): *Zur Entstehung einer ökologischen Klasse Ein Memorandum* (Edition Suhrkamp). Berlin: Suhrkamp.

Loutzenhiser, Glen/Mann, Liz (2020): Liquidity issues: solutions for the asset rich, cash poor, 2020.

Marchart, Oliver (2016): Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Berlin: Suhrkamp.

Miller, Edward (1975): Status Goods and Luxury Taxes, in: The American Journal of Economics and Sociology) 34, S. 141–154.

Organisation for Economic Co-operation and Development (2018): The Role and Design of Net Wealth Taxes in the OECD. OECD Publishing (OECD Tax Policy Studies, 26), 2018.

Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2023): Rethinking capital and wealth taxation, in: Oxford review of economic policy 39, S. 575–591.

Prabhakar, Rajiv (2008): Wealth Taxes: Stories, Metaphors and Public Attitudes, in: The Political Quarterly 79, S. 172–178.

Rasem, Fabian (2025): Mentale Untiefen: Dennis Eversberg/Martin Fritz/Linda von Faber und Matthias Schmelzer suchen die Struktur im sozial-ökologischen Transformationskonflikt, in: Ethik und Gesellschaft 2025 1.

Renigier-Bilozor, Małgorzata/Źróbek-Różyńska, Alina/Janowski, Artur (2024): Towards a Sustainable Property Tax System for Regional Development by Integrating the Antifragility Concept, in: Sustainability 16, S. 7467.

Rotberg, Shahar/Steinberg, Joseph B. (2024): Tax Evasion and Capital Taxation, in: Journal of Political Economy 132, S. 2488–2529.

Rowlingson, Karen/Sood, Amrita/Tu, Trinh (2021): Public attitudes to a wealth tax: the importance of 'capacity to pay', in: Fiscal Studies 42, S. 431–455.

Sachweh, Patrick/Eicher, Debora (2018): Einstellungen zur Vermögensteuer in Deutschland. Eine Vignettenanalyse anhand aktueller Umfragedaten, in: WSI 71, S. 370–381.

Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2019): How would a progressive wealth tax work? Evidence from the economics literature, Download unter: <http://gabriel-zucman.eu/files/saez-zucman-wealthtaxobjections.pdf> (Zugriff am 11.11.2025).

Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2021): Der Triumph der Ungerechtigkeit Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert (suhrkamp taschenbuch, 5137). Berlin: Suhrkamp.

Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2022): Wealth Taxation: Lessons from History and Recent Developments, in: AEA Papers and Proceedings 112, S. 58–62.

Sanz Merino, Noemí (2023): Latour on Politics: Political Turn in Epistemology or Ontological Turn in Politics?, in: Perspectives on Science 31, S. 119–138.

Scheuer, Florian/Slemrod, Joel (2021): Taxing Our Wealth, in: Journal of Economic Perspectives 35, S. 207–230.

Sturn, Richard/Klüh, Ulrich (Hg.) (2023): Wachstums- und Globalisierungsgrenzen. Marburg: Metropolis-Verlag (Jahrbuch normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, 20).

Sturn, Richard/Klüh, Ulrich (Hg.) (2025): Schattenwirtschaft - SchattenpolitikScheitert die Transformation? Weimar (Lahn): Metropolis (Jahrbuch normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, 22).

Thiel, Fabian/Wenner, Fabian (2018): Land taxation in Estonia: An efficient instrument of land policy for land scarcity, equity, and ecology. In: Jean-David Gerber, Thomas Hartmann und Andreas Hengstermann (Hg.): Instruments of Land Policy. London: Routledge, S. 78–88.

Thiele, Alexander (2023): Der grundgesetzliche Rahmen für die Wiedereinführung einer Vermögensteuer: Kurzgutachten, Download unter: <https://www.econstor.eu/handle/10419/271014> (Zugriff am 09.11.2025).

Wallace, Clint/Welton, Shelley (2023): Taxing Luxury Emissions, in: Cornell Law Review 109, S. 1153–1232.

Xiong, Zhenxing/Li, Hong (2019): Ecological deficit tax: A tax design and simulation of compensation for ecosystem service value based on ecological footprint in China, in: Journal of Cleaner Production 230, S. 1128–1137.

Zitationsvorschlag:

Klüh, Ulrich (2025): Vermögensbesteuerung als terrestrische Wirtschaftspolitik: Probleme, Widerstände und Ausgestaltungsoptionen (Ethik und Gesellschaft 2/2025: Steuern und Verschulden. Eine gerechtere Finanzierung steigender öffentlicher Ausgaben). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2025-art-7> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialethik

2/2025: Steuern und Verschulden. Eine gerechtere Finanzierung steigender öffentlicher Ausgaben

Philipp Kriele-Orphal
 Die Schuldenbremse des Grundgesetzes als demokratietheoretisches Problem

Korinna Schönhärl und Caren Sureth-Sloane
 Steuern und Steuergerechtigkeit – Ein Gespräch

Sebastian Huhnholz
 Steuergerechtigkeitsperspektiven in Zeiten fiskalischer Transformation – Versuch einer kritischen Einordnung

Julia Jirmann und Franziska Vollmer
 Wie kann die Besteuerung in Deutschland gerechter gestaltet werden?

Jonas Hagedorn
 Sozialstaatliche Demokratie und progressive Besteuerung. Eine sozialethische Perspektive.

Julian Degan
 Gerechtigkeit durch Bodenbesteuerung? Eine wirtschaftsethische Reflexion unterschiedlicher Grundsteuermodelle in Deutschland

Ulrich Klüh
 Vermögensbesteuerung als terrestrische Wirtschaftspolitik. Probleme, Widerstände und Ausgestaltungsoptionen

Anna Ott
 Wie gerecht ist die Kirchensteuer?